



V 172/20

SPD-Ratsfraktion
Markt1
38350 Helmstedt

Empfang 18.09.2020

Top VRA + Aet

Stadt Helmstedt
Herr Bürgermeister Schobert
über Ratsbüro
z. Hd. Herrn Schulze

09.09.2020

Resolution „Sicherer Hafen“

Die SPD-Fraktion beantragt:

Die Tagesordnung der Ratssitzung am 08. Oktober 2020 wird um den Tagesordnungspunkt *Resolution „Sicherer Hafen“* erweitert und der nachfolgende Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

Der Rat der Stadt Helmstedt erklärt: Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Asyl sind Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland. Der Rat der Stadt Helmstedt bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Helmstedt hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

Hierzu beschließt der Rat der Stadt Helmstedt folgendes:

1. Die Stadt Helmstedt unterstützt wie zahlreiche andere Städte, Gemeinden und Landkreise die überparteiliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich selbst zum „Sicheren Hafen“.
2. Die Stadt Helmstedt erklärt sich dazu bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten - zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilten Geflüchteten - Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind oder aus einem überfüllten Lager an den EU-Außengrenzen evakuiert wurden.
3. Der Rat der Stadt Helmstedt appelliert an die Bundesregierung, sich nachdrücklich und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung von schutzsuchenden Menschen einzusetzen. Zudem fordert der Rat die Bundesregierung dazu auf, unverzügliche Hilfe zu leisten und dafür zu sorgen, dass jenseits der Konsensfindung auf europäischer Ebene Menschen aus griechischen Lagern nach Deutschland evakuiert werden.

4. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

5. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat der Stadt Helmstedt fordert die Abgeordneten in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Begründung:

Jeden Tag sterben auf dem Mittelmeer Menschen. Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung. Immer wieder gibt es Fälle, in denen Menschen aus dem Meer gerettet werden, aber die Häfen Europas die Einfahrt der Schiffe mit Geretteten an Bord nicht zulassen und die Tore Europas damit für hilfs- und schutzbedürftige Menschen verschlossen bleiben.

Des Weiteren verstehen wir als Stadt Helmstedt es als unsere humanitäre Pflicht, angesichts der weltweiten Corona-Pandemie die Katastrophe in den griechischen Flüchtlingslagern zu entschärfen. Ein Virus unterscheidet nicht nach Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass wir Menschen alle auf die gleiche Weise verletzlich sind – und doch entscheiden die Lebensumstände über unsere Gefährdung. Die Situation in den überfüllten Lagern ist katastrophal, es fehlt insbesondere an medizinischer Hilfe und hygienischer Grundversorgung. Gefangen und isoliert sind die Menschen der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Denn Schutzmaßnahmen, die auf dem europäischen Festland getroffen werden, sind dort schlicht unmöglich. Nach dem Brand im griechischen Lager Moria sind auf der Insel Lesbos bis zu 15.000 Geflüchtete von Obdachlosigkeit bedroht – zusätzlich zu der Gefährdung durch Corona.

Diese Entwicklung widerspricht einerseits unserer Überzeugung als weltoffene Stadt Helmstedt und andererseits ganz grundsätzlich den Werten unseres Zusammenlebens in der europäischen Gemeinschaft, welche von Menschlichkeit und Unterstützung geprägt sein sollte.

Mit der Deklaration als „Sicherer Hafen“ zeigt die Stadt Helmstedt aktive Solidarität mit Geflüchteten. Sie reiht sich damit ein in die breite gesellschaftliche Bewegung „Seebrücke“, die unter anderem von den evangelischen Kirchen und einem breiten Bündnis aus Städten, Gemeinden und Landkreisen mitgetragen wird. Insgesamt haben sich allein in Deutschland 174 Kommunen solidarisiert und sich zu einem sicheren Hafen erklärt. Sie bieten damit an, Menschen in Not – insbesondere aus der Seenotrettung und der Evakuierung der griechischen Lager – zusätzlich bei sich aufzunehmen.

Wir sehen zwar, dass aufgrund der Corona-Krise die Überstellungen von Geflüchteten im Sinne der Dublin Verordnungen aktuell nicht ohne weiteres möglich sind. Dennoch sind wir in der Stadt Helmstedt in der Lage, solidarisch und mitmenschlich zu handeln. Außerdem zeigen wir dadurch auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.

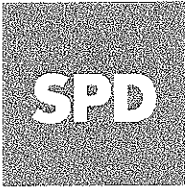
Helmstedt, den 16.09.2020

Für die SPD Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Zogbaum', written in a cursive style.

Dirk Zogbaum

SPD Fraktionsvorsitzender



Fraktion im Rat der Stadt Helmstedt

Dirk Zogbaum, Stettiner Straße 39, 38372 Büddenstedt

Herrn Bürgermeister
der Stadt Helmstedt
Wittich Schobert
Markt 1
38350 Helmstedt

Telefon: privat 05352/7346
mobil 0160/94453472
E-Mail: privat dirkzogbaum@t-online.de

Büddenstedt, den 17.09.20

Resolution „Sicherer Hafen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schobert, lieber Wittich,

anbei die überparteiliche Resolution „Sicherer Hafen“

Diese Resolution soll über den VA in der Ratssitzung am 8.10.2020 beraten und beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Zogbaum', is written over a horizontal line.

Fraktionsvorsitzender